

Forschung statt Lehre

Die Universitäten haben ihre Strukturplanungen vorgelegt

Die Berliner Universitäten steuern auch nach der Unterzeichnung der Rahmenverträge mit Wissenschaftssenator Radunski einer ungewissen Zukunft entgegen. Zwar wurden ihnen, was die Zuschüsse des Landes angeht, eine gewisse Planungssicherheit bis zum Jahr 2000 gegeben, doch ist noch keineswegs sicher, wie die in den Rahmenverträgen festgeschriebenen Einsparungen umgesetzt werden sollen.

Zu diesem Zweck hatten die Leitungen der Freien Universität (FU), der Technischen Universität

(TU) und der Humboldt-Universität (HU) schon im vergangenen Sommer Strukturpläne ausgearbeitet, nach denen die Universitäten umgestaltet werden sollen. Diese Pläne wurden mittlerweile von den zentralen Universitätsgremien zwar verabschiedet, allerdings ist fraglich, ob sie in dieser Form umgesetzt werden.

Das Hauptproblem besteht für die Universitäten derzeit darin, die vom Senat geforderten 85.000 Studienplätze im Jahr 2000 tatsächlich zur Verfügung zu stellen. Das erscheint beim derzeitigen Stand nicht möglich, weil in Zukunft von der Priorität der Lehre Abstand genommen werden soll. TU-Präsident Ewers sieht die Lehre nur noch als eine Ergänzung der Forschung an. Und in den Empfehlungen der „Kommission für Entwicklungsplanung“ an der FU heißt es: „Das erste Kriterium für die Zuweisung von Stellen ist die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit des Faches.“

In der Praxis bedeutet dies, daß die einzelnen Lehrstühle an den Berliner Universitäten besser ausgestattet werden sollen. Dadurch würde sich das Lehrangebot zwar

Erhöhung der Kapazitäten nicht alleine abdecken können. Auch bei der Sportwissenschaft scheinen sich die Unis bei ihrer Planung nicht genügend abgesprochen zu



Vorlesung bei den Veterinärmedizinern an der Humboldt-Universität. Fällt die Lehre an den Hochschulen bald ganz flach? Foto: Thurm

verbessern, aber auch zwangsläufig kleiner werden. Das knappe Geld würde dann für den im Verhältnis zum Lehrdeputat teureren akademischen Mittelbau ausgegeben. Diese Verluste an Studienplätzen müßten dann von den Fachhochschulen aufgefangen werden.

Eine weitere Folge dieser „Priorität der Forschung“ sind drastische Einschränkungen in der Lehrerausbildung: So sollen Lehrer für die Klassenstufen 1 - 10 nur noch an der FU ausgebildet werden, obwohl auch hier weiter Stellen weggekürzt werden. Die Lehrerausbildung wird von den Universitäten offensichtlich als unnötiger Ballast auf ihrem „Weg zur Exzellenz“ (Ewers) angesehen. Dabei wird die Nachfrage nach jungen LehrerInnen in Zukunft steigen.

Daneben will die HU den Studiengang Pharmazie komplett streichen, obwohl auch hier eine Nachfrage nach Studienplätzen und Absolventen existiert. Und die FU wird diesen Bedarf ohne eine

haben, statt dem von der Politik geforderten Abbau von Mehrfachangeboten gibt es hier eine Doppelstreichung: Diesen Studiengang will in Zukunft keine Universität mehr anbieten. So erscheint es auch nicht ganz unwahrscheinlich, daß die Strukturpläne von den Universitäten noch einmal überarbeitet werden müssen, ehe sie Ende des kommenden Semesters dem Senat übergeben werden.

Nach Ansicht von Traugott Klose vom Fachausschuß „Bildung und Wissenschaft“ in der SPD müßten die größten Einsparungen von den teuersten Fächern erbracht werden. An erster Stelle stehe dabei die Humanmedizin: Sie koste alles in allem 1,5 Milliarden Mark pro Jahr. Davon würden rund 300 Millionen Mark für die reine Krankenversorgung ausgegeben. Diese Leistungen hätten in den Universitäts Haushalten nichts zu suchen.

Olde Hansen



Das politische Buch

„Kleine Schriften“ der „Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte“, Heidelberg 1990 ff.

Friedrich „Fritz“ Ebert (1871-1925) wurde 1918 der erste sozialdemokratische Reichskanzler. In dieser Funktion hatte er schwierige Probleme zu lösen: die Ernährung der Bevölkerung mußte gesichert und ein drohender Abfall des Rheinlandes vom Reich verhindert werden. Parallel dazu mußte das Heer demobilisiert werden und die zurückkehrenden Soldaten wieder in das Arbeitsleben integriert werden. Dennoch gelang es ihm daneben, eine Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen zu ergreifen (Einführung des 8-Stunden-Arbeitstages und einer Erwerbslosenunterstützung, Abschaffung des

preußischen Drei-Klassen-Wahlrechts und Einführung des Frauenwahlrechts), so daß er heute als Wegbereiter der sozialen Demokratie gilt. Dennoch wurde er ständig zur Zielscheibe massiver Anfeindungen von Links wie Rechts. Doch ein Jahr später wurde er mit überwältigender Mehrheit zum Staatsoberhaupt der ersten deutschen Demokratie gewählt, der er bis zu seinem Tode vorstand.

Auch nach seinem Tod hörten die Verleumdungen nicht auf: Die Nazis beschimpften ihn als „Novemberverbrecher“, während ihn Teile der Linken zum „Verräter“ der Arbeit-

erbewegung bis in bundesrepublikanische Zeiten machten, als ob er nie mit großer Mehrheit gewählt worden wäre. Umso erfreulicher ist es, daß Ende 1986/Anfang 1987 auf Beschluß des Bundestages eine „Stiftung Reichspräsident Friedrich-Ebert-Gedenkstätte“ in Heidelberg eingerichtet wurde. Sie hat das Ziel „das Andenken an den ersten deutschen Reichspräsidenten zu wahren und einen Beitrag zum Verständnis der deutschen Geschichte zu leisten“.

Neben einer sehenswerten Dauerausstellung im Geburtshaus Eberts und einer „Großen“ Schriftenreihe wird hier und in loser Fol-

ge die Reihe „Kleine Schriften“ herausgegeben. Sie umfaßt bislang 24 Bändchen und deckt alle Themenbereiche ab, die in irgendeiner Weise mit Ebert zusammenhängen. Es werden nicht nur von den 1. Mai-Feiern der Arbeiter in Heidelberg und Bremen berichtet (Band 6), sondern es werden auch Zeitgenossen Eberts wie August Bebel (Bd. 7) und Walter Rathenau (Bd. 14) vorgestellt oder nach den Grundsatzentscheidungen der SPD von 1919 bis 1925 (Bd. 9) gefragt. Die Autoren wie Klaus Tenfelde, Heinrich August Winkler oder Helga Grebing sind dabei oftmals ausgewiesene ExpertInnen auf dem Gebiet der Geschichte der Arbeiterbewegung.

Trotzdem handelt es sich hier nicht um schwer verständliche Fachliteratur. Im Gegenteil: Die

Bände sind gut zu lesen und richten sich auch an den interessierten Laien. So ist z. B. Walter Mühlhauens Arbeit über das Verhältnis von Reichspräsident Ebert zu seiner eigenen Partei (Bd. 10), mit der er vor allem in späterer Zeit auch Konflikte ausgetragen hatte, für jeden politisch interessierten auch heute interessant. Denn schließlich bewegten auch schon damals die Fragen, ob man sich an der Regierung beteiligen sollte, wie man es mit der „Parteidisziplin“ oder der radikalen Linke halten sollte, die Gemüter.

Olde Hansen

Die „Kleinen Schriften“ der „Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte“ sind zum Preis von zwei bis zehn Mark pro Band (plus Porto) ebendort zu erhalten: Untere Straße 27, 69117 Heidelberg.

